Namens der Alternativen Fraktion im GGR
Patrick Cotti
Loretohöhe 7

Stadtkanzlei
Postfach 1298
6301 Zug

6300 Zug, 21. September 2003

Interpellation: Massnahmen zur aktuellen Jugendpolitik

Nach der Räumung und Planierung des Zeughausareals an der Baarerstrasse ist das eingetroffen, was wir befürchtet und wovon wir gewarnt haben: Es ist zu gewalttätigen Konfrontationen zwischen Jugendlichen und der Polizei gekommen. Die Politik des Stadtrates, die teilweise berechtigten Anliegen der Jugendlichen zu ignorieren, zeigt nun ihre Wirkung. Das vom Stadtrat für die jetzige Legislatur vorgenommene Ziel, nämlich „ein Jugendforum zu schaffen, das als Sprachrohr für die Bedürfnisse der Jugendlichen gegenüber Behörden und Öffentlichkeit fungieren“ könne, liegt abseits seiner in dieser Legislatur umgesetzten Politik. Ebenso erwies der Grosse Gemeinderat dem Stadtrat einen Bärendienst, indem er die Schaffung der Stelle eines Jugendbeauftragten verhindert hat.

Es müssen auf der politischen Ebene konkrete Lösungen gefunden werden, wie Anliegen von Jugendlichen ernsthaft aufgegriffen werden können und zu Massnahmen führen, welche ausserhalb gewalttätiger Auseinandersetzungen liegen. Ganz im Gegensatz nämlich zur in Aussicht gestellten Dialogförderung hat die Stadtregierung, indem sie seit der Besetzung des Areals an der Gubelstrasse der Durchsetzung des rechtlichen Standpunktes mehr Gewicht verliehen hat als dem politischen Auftrag, einen aus der Enge führenden Dialog zu suchen, stets polarisiert und die Situation nicht im mindesten entschärft. Die Bemühungen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern verschiedener Parteien im vergangenen Herbst während der Zeughausbesetzung hatten aber gezeigt, dass es Wege aus der verfahrenen Situation gegeben hätte.

Der Druck der Öffentlichkeit, endlich Wege in der jüngsten Jugendpolitik zu finden, welche die Grundanliegen von Gruppierungen Jugendlicher als Teil der Stadtzuger Bevölkerung ernst nimmt, zeigt sich in zweierlei Hinsicht. Zum einen bestehen Befürchtungen, es könnte zu weiteren Zusammenstössen kommen zwischen demonstrierenden Jugendlichen und der Polizei. Auf der anderen Seite formulieren Teile der Jugendlichen, deren Eltern und auch im Jugendbereich professionell Tätige, dass die Anliegen der Jugendlichen nach Wohn-, Aufenthalts- und Kulturraum berechtigt sind. Grosse Teile der Jugendlichen, die auch kürzlich demonstriert haben, sind gegen Gewalt. Eine weiterhin kompromisslose Haltung des Stadtrates verstärkt zweifellos den Einfluss der gewaltbereiten Minderheit innerhalb der Bewegung.

Wir stellen dem Stadtrat deshalb folgende Fragen:

1. Welche Massnahmen hat der Stadtrat seit der Zeughausräumung getroffen, um gewalttätige Konfrontationen zwischen Jugendlichen und der Polizei zu verhindern?
2. Welche Schritte wird der Stadtrat einleiten, um zukünftige gewalttätige Konfrontationen zwischen Jugendlichen und der Polizei zu verhindern und den Dialog zu suchen?
3. Ist der Stadtrat bereit, eine Gruppe von Parlamentarierinnen, Parlamentariern und Vertretern der Jugendarbeit und aus der Verwaltung, allenfalls unter Zuzug des Kantons, zu bilden, welche die Gespräche mit den Jugendlichen mit dem Ziel aufnimmt, dem Stadtrat konstruktive Massnahmen bezüglich der Umsetzung bzw. der Veränderung von Wohn- und Kulturraum zu unterbreiten? Wie stellt er sich zum Beizug eines Mediatoren oder einer Mediatorin?

Für die Alternative Fraktion

Patrick Cotti

Kopie z.K. an:

- Neue Zuger Zeitung (redaktion@neue-zz.ch)
- Zuger Presse (redaktion@zugerpresse.ch)
- Tagesanzeiger, Redaktion Zentralschweiz (thomasbolli@tages-anzeiger.ch)
- NZZ, Büro Innerschweiz (nzzmerkt@tc.ch)
- TebTel (redaktion@tebtel.ch)
- Zugerwoche (zugerwoche@datazug.ch)
- Radio Sunshine (newsredaktion@sunshine.ch)
- Radio Central (redaktion@radiocentral.ch)
- Radio DRS (regilu@sdrs.ch)
- Fernsehen DRS Regionalstudio Luzern (innerschweiz@sdrs.ch)